

„Politik ist die Versöhnung von Wahrheit und Mehrheit“

Sind die Lasten zwischen den Generationen fair verteilt? Welche Änderungen sind notwendig, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern? Auf diese Frage gab der Ministerpräsident des Saarlandes und CDU-Spitzenpolitiker Peter Müller klare und ehrliche Antworten. Er sprach Anfang September vor dem Gesundheitspolitischen Arbeitskreis der CSU (GPA) in Nürnberg.

Dass die Generationengerechtigkeit ein zentrales Thema der Politik und der Gesellschaft sein wird, steht für Peter Müller außer Frage. Die Generation der heute 35- bis 65-Jährigen habe in den vergangenen Jahren durch ihren Lebensstil und ihre Erwartungen an den Staat die Zukunftsperspektiven und -chancen der nachkommenden Generationen deutlich verschlechtert: „Wir haben an der einen oder anderen Stelle in der Vergangenheit über unsere Verhältnisse gelebt. Das Sparen wird nun ein schmerzlicher Prozess sein.“ Jedoch sei Generationengerechtigkeit kein Thema, das nur die Sozialsysteme betreffe, sondern alle Bereiche, in denen Ressourcen beansprucht würden, etwa Bildung, Familie und Umwelt. Die Frage der Generationengerechtigkeit sei ein „Querschnittsthema“ der Politik.

Generationsgerechtigkeit ist zentrales Thema der kommenden Jahre

Fonds als Verrechnungsstelle

Zur heftig diskutierten anstehenden Reform des Gesundheitssystems erklärte Müller, es reiche nicht, nur die Finanzprobleme der gesetzlichen Krankenkassen zu lösen – die Arbeitskosten dürften dabei nicht weiter belastet werden. Erstaunlich seine Aussage, der geplante Gesundheitsfonds sei „ein guter Weg“, um mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen zu schaffen. Er bezweifelte auch, dass der Fonds zu mehr Bürokratie führen werde. „Die Frage ist, wie der Einzug der Beträge gestaltet wird“. Hier stellt sich Müller den Fonds eher als eine Verrechnungsstelle vor, die den Risikostrukturausgleich durchführt. Die Beträge selbst sollten von den Krankenkassen eingezogen werden.

Müller teilte nicht die Ansicht anderer Politikerkollegen, dass kleine Krankenkassen generell weniger ef-

fizient seien als die großen. Im Gegenteil: „Kleine Krankenkassen sind häufig die besonders günstigen. Wie im Föderalismus sollte es ein Nebeneinander von Groß und Klein geben.“

Mehr Eigenverantwortung

Über den aktuellen Reformansatz hinaus sah der Ministerpräsident weitere Ansatzpunkte für Reformen u.a. in der Stärkung der Eigenverantwortung der Bürger, der Einführung des Kostenerstattungsprinzips anstelle des Sachleistungsprinzips sowie in der Ausschöpfung von Reserven im Arzneimittelmarkt. Hierbei verteidigte er auch die inzwischen per Gerichtsbeschluss wieder in Frage gestellte Ansiedelung der Filiale von DocMorris im Saarland. „Die Apotheker beschwerten sich – das verstehe ich. Aber der Patient freut sich und das ist ein Punkt, den Politiker nicht außer Acht lassen sollten.“ Müller fordere gleichzeitig die Apotheker auf, sich aktiv dem Wettbewerb zu stellen. Sie seien die Apotheker vor Ort, könnten den Kunden umfassend beraten und dadurch eine langfristige Kundenbindung erzielen.

Müller widersprach deutlich der langläufigen Vorstellung, die Gesellschaft in Deutschland habe kein Erkenntnisproblem, sondern ein reines Umsetzungsproblem, wenn es um Reformen ginge. Er sähe vielmehr eine mangelnde Bereitschaft der Gesellschaft zu Reformen. Es gebe leider noch kein Bewusstsein für deren Notwendigkeit. Dieses Bewusstsein müsse dringend geschaffen werden. Politik bedeute hier die „Versöhnung von Wahrheit und Mehrheit“. ■

Rüdiger Papsch
Ute Meyer



Jetzt kostenlos downloaden:
ku-Studienführer Gesundheitsmanagement online

Sie wollen nach oben?

www.ku-online.de
(Button Krankenhaus umschauen)